Krakauer Zeitung.

Nr. 276. Donnerstag den 1. December 1864.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Karl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. November d. J. dem Hilfsämterdirector des Lemberger Oberlandesgerichtes, Ferdinand Chitry v. Freyselsfeld, aus Anlaß seiner Versetzung in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 1. December.

Der erste Tag der Adreßdebatte ist vorüber. Wir haben eine Reihe von Rednern in der General-Debatte gehört, welche Reden hielten, die fast alle einander so sehr glichen, daß man soweit es den dunkelgefärbten Inhalt und nicht die Form der Rede betrifft, von jedem nachfolgenden Redner sagen kann: siehe Vorredner und umgekehrt. Die Herren haben sich gleichsam die Worte aus dem Munde genommen und so eine wechselseitige Assecuranz für die Richtigkeit ihrer Auffassung der Verhältnisse hergestellt. Bekanntlich werden aber wechselseitige Versicherungen als die billigsten angesehen. Der Eindruck wird wohl allgemein sein, daß die Reden eine gewisse Monotonie der Farbe aufweisen. „Es geschieht nichts, wir haben schlechte Finanzen und keine Allianzen," das sind die Inhaltströpflein, wenn man die oratorischen Früchte einer heißen Debatte auspreßt. Die Herren nähren sich gleichsam von dem Gifte, das in jedem Staatskörper steckt und die parlamentarischen Giftesser gedeihen bei dieser Arsenikkost vortrefflich; natürlich diese Nahrung gilt als ein wirksames Mittel für den Embonpoint — an Popularität.

Wer die Reden der Herren Dr. Berger, Graf Kinsky und Skene liest, der muß glauben, Oesterreich stehe am Abgrunde des financiellen, politischen und sittlichen Bankrottes; hören wir doch aus jedem Worte derselben den Ruf des Auctionators heraus: Wer bietet weniger? Diese Reden sind in der That eine Minuendo-Licitation für Oesterreichs Ehre, Ansehen und Machtstellung! Die hastigen Rufe: „wir haben keine Allianzen" jagen sich; glaubt man aber die Allianzen einzulocken, wenn man Oesterreich als ein bettelhaftes Nichts darstellt, das seine Minister zu Grunde richten? Wie reimt sich auch die Anklage wegen Allianzlosigkeit mit der Empfehlung des politischen Cölibates zusammen, die in den Worten ausgedrückt ist: Austria farà da se? Die Herren Giskra, Berger, Kinsky, Skene bewegten sich in Extremen; und Herr Skene, welcher sonst das Privilegium einer starkcolorirten Darstellung hat, sah sich heute in der Ausübung desselben durch seine parlamentarischen Freunde beeinträchtigt; er könnte sich über Privilegiumsbruch beklagen, wenn er nicht der Mann der Concurrenz wäre.

Das parlamentarische Orchester war heute schlecht besetzt: Contrabässe allein geben noch keine Musik. Die Wirkung war aber auch eine entsprechende. Die Herren malten die Schrecken der Lage Oesterreichs aus und man lachte über ihre Witze, ein Lachen, in das die Minister herzlich einstimmten. Die hörenden Mitglieder des Hauses gerirten sich als die lachenden Erben der Redenden. Natürlich, das ist immer die Wirkung der Uebertreibung und nur die krasse Uebertreibung ist es, gegen welche wir mit unserem Spotte zu Felde ziehen. Damit glauben wir uns gegen jede Mißdeutung unserer Bemerkungen verwahrt zu haben. Wir erachten die Lage Oesterreichs ernst, wie irgend ein Patriot; aber wir wollen diesen Ernst nicht als ein Multiplicationsfactor ausnützen, um mit einem colossalen Product von Calamität, Hilfslosigkeit und Verderben zu verblüffen und zu beunruhigen. Wahrhaftigkeit! rufen wir mit Skene, wir wollen die ganze Wahrheit; die genannten Herren, welche heute gesprochen haben, wollen zwar auch die ganze Wahrheit, aber auch noch etwas und noch recht viel dazu. Und das ist vom Uebel.

Dr. Berger hat das Schwanken zwischen dem alten und neuen Oesterreich gerügt. Es mag ein Theil Wahrheit in dieser Rüge liegen. Uebergangsperioden sind Münzstätten, in dem das Silber nicht rein, sondern nur mit dem kupfernen Legmetall versetzt ausgemünzt werden kann. Daß das constitutionelle Silber noch einen bedeutenden Kupfersatz des Absolutismus hat, haben jedoch die Herren in eigenthümlicher Weise illustrirt. Im absoluten Oesterreich, in welchem die Presse mundtodt und der Mund des Bürgers aus Furcht vor den „Spitzeln" zum Schweigen verurtheilt war, machte sich die Opposition in Witzen und durch Losziehen auf die Regierung dann Luft, wenn man es ohne Gefährde thun zu können glaubte. Dieses Witzemachen, dieses Losziehen auf die Regierung haben die Herren aus dem Absolutismus in das Parlament hinüber gebracht und sie repräsentiren selbst auf diese Art eine sonderbare Mixtur von altem und neuem, absolutem und constitutionellem Oesterreich.

Der Berichterstatter Dr. Giskra intonirte, indem er der Regierung eine Reihe von Unterlassungssünden vorhielt, welche man mit starken kritischen Reagentien bearbeiten müßte, wenn man an ihnen das Moment der Subjectivität, das einzig charakteristische Merkmal der Sünde im Gegensatz zu der Macht der Verhältnisse und der unaufhaltbaren Entwickelung der Dinge entdecken wollte. Was der nächste Redner, Herr v. Mende, über Ungarn sprach, zeugt von gutem Herzen.

Graf Eugen Kinsky und Dr. Berger, die nächstfolgenden Redner, ließen ihren Witz glänzen, und Letzterer wußte einige glückliche Wendungen und Pointen anzubringen. Dagegen dürfen wir nicht verschweigen, daß uns mancher Witz des Herrn Grafen — um uns eines Plagiates an ihm schuldig zu machen — marokkanisch zu sein schien. Skene sprach wuchtig, aber wie immer mit dem Ernste sittlicher Ueberzeugung. Obert schien vom Standpunct der Siebenbürger Sachsen die Reichseinheit mit besonderer Absicht betonen zu wollen. Der letzte Redner Hr. Sadil sprach in Bezug auf die deutsche Politik Worte, die kein deutsch-österreichisches Blatt ohne Protest hinnehmen kann. Oesterreich soll aus dem deutschen Bund austreten! Und warum? Weil angeblich die nichtdeutschen Völkerschaften von dem deutschen Bund nichts wissen wollen! Wir lassen uns hier nicht in die große politische Frage ein; das kann nicht so nebenher abgethan werden. Aber darauf wollen wir mit Nachdruck hinweisen, daß Oesterreich staatsrechtlich dem deutschen Bunde angehört, daß den Rechten Pflichten entsprechen und daß es aus dem deutschen Bund gar nicht treten darf, wie immer die nichtdeutschen Völkerschaften über die Sache denken mögen.

Die Minister haben noch nicht das Wort ergriffen. Wenn aber der Berichterstatter Dr. Giskra aus diesem Schweigen den Schluß zog, die Minister hätten gegen die Grundrichtung der Ausführungen, in denen sich die ehrenwerthen Redner ergingen, nichts einzuwenden, so ist dies völlig irrig. Es liegt nahe, daß die Minister in der Generaldebatte, in welcher auf kein bestimmtes Ziel losgesteuert wurde, keine Veranlassung hatten, zu sprechen. Die Specialdebatte mit ihren concreten Zielen wird der Regierung die geneigte Veranlassung geben, ihre abweichenden Anschauungen klar darzulegen.

Diesen Bemerkungen des „Botschafter" schließt das „Fremdenblatt" sich an. Es sagt: Was dem Zuhörer am meisten peinlich war, ist der Umstand, daß an den Tadel, der von einzelnen Rednern ausgesprochen wurde, sich nicht die Entwicklung eines besseren Systems, nicht die aushelfenden Rathschläge knüpften. Wenn in England die Tories die Whigs oder umgekehrt angriffen, so entwickelten die Gegner ihr eigenes System, woraus die Krone und das Land beurtheilen könnten, wie sie sich befinden würden, wenn die Leitung anderen Händen anvertraut wäre. Die Kritik hat gewiß ihre Berechtigung, das Drängen ist nicht überflüssig, aber damit ist die Aufgabe eines parlamentarischen Körpers nicht erfüllt. In einer Discussion von Staatsmännern ist es nicht damit abgethan, den Werth des Bestehenden zu negiren, sondern da muß Positives, Greifbares, Fertiges und Ausführbares dem als mangelhaft Bezeichneten entgegengesetzt werden. Es ist nichts dabei gewonnen, wenn Blößen aufgedeckt werden, wenn die öffentliche Meinung erschüttert wird, wenn das Publicum mit gebeugtem Haupt aus dem Haus geht. Die Meinung kann sich an der Discussion der Reichsvertretung nur dann erheben, wenn ihr das Seil gezeigt wird, an welchem der angeblich Ertrinkende sich aus dem Wasser retten kann.

Die „Const. Oesterr. Ztg." meint, daß ein eigentlicher Streit nicht sowohl um das, was in der Adresse steht, als um die Deutung, die Einzelne den einzelnen Puncten geben wollen, erst in der Specialdebatte bei der Abstimmung beginnen wird. Bei dieser Veranlassung dürfte die Regierung sich bewogen finden, ihre Meinung auszudrücken, da sie doch nicht gegen Witzeleien und Luftfeuerwerke, sondern gegen concrete, bestimmte Momente aufzutreten beabsichtigen kann. Bei den Rednern, die heute sich vernehmen ließen, war vielmehr das Bestreben vorherrschend, durch Schlagworte und Redewendungen zu brilliren, als durch Anführung positiver Thatsachen eine Ansicht zu begründen. Nachdem die „Const. Oest. Ztg." die einzelnen Reden in ihren Zeitpuncten zergliedert, sagt sie schließlich: Die vorliegende Adresse, das Werk eines Compromisses, scheint von einzelnen Rednern dahin gedeutet zu werden, als involvirte sie ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Nach unserer Ansicht enthält die Adresse nichts, oder wenig Anderes, als was in der Thronrede angedeutet wurde und nur die Form und der Ton mancher Stellen sind einer Staatsschrift unangemessen. Vielleicht daß diese Form es ist, die der Ministerbank die Nichttheilnahme an der Abstimmung rathsam erscheinen läßt; aber wir glauben, daß die Regierung an gehöriger Stelle das Wort ergreifen und sich exact über ihre Auffassung der Adresse ausdrücken wird.

Wir sind ganz der Ansicht des „Wiener Lloyd", daß der Vorwurf einer allzu großen Mäßigung, welcher der Opposition des österr. Abgeordnetenhauses oft gemacht worden sein soll, seine Berechtigung verloren hat. In den wenigen Stunden der Generaldebatte hatte die Opposition einen Angriff gegen das Ministerium entwickelt, der seines Gleichen in den Annalen des Abgeordnetenhauses nicht findet. Der Abg. Berger hat in einer an Mißbrauch gränzenden Weise auf die ihn schützende Immunität gepocht. Den Ministern, Männern die ihres Amt mit bestem Wissen und Gewissen warten und gegen die unnöthigerweise durch muthwillig heraufbeschworne Kämpfe im Innern noch gesteigerte Mißgunst der Verhältnisse mit unerschütterlicher Ausdauer und Energie ankämpfen, wurde ziemlich unverblümt der Vorwurf hingeschleudert, daß sie das Reich zu Grunde richten. Das hat noch Niemand zu wagen gewagt. Wir wollen auf die Einzelnheiten der Rede nicht eingehen, wollen jedoch auf einen Punct, den Vorwurf der Isolirung Oesterreichs betr. eingehen und den Redner fragen, auf welchen Staat läßt sich dieser Vorwurf nicht anwenden, welche Allianz ist denn dem Redner bekannt; wir haben wenigstens dieselbe Beschuldigung und Behauptung der Reihe nach gegen beinahe alle Mächte erheben hören, gegen England, Rußland, Preußen, ja selbst gegen Frankreich, überall ist die Anschuldigung der Isolirtheit ein stehendes Schlagwort der Opposition. Und welche mixed-pickles von Allianzen wurden nicht vorgeschlagen! Von gleichem Werth sind die übrigen Ausführungen.

Das „Vaterland" beschränkt sich darauf, die Frage aufzuwerfen, ob es patriotisch ist, schwarze Wäsche öffentlich zu waschen.

Der Passus des Adreßentwurfes des Abgeordnetenhauses, welcher sich über die Stellung Oesterreichs zu Preußen und zu Deutschland ausspricht, wird, wie man der „A. A. Z." aus Wien schreibt, in den Regierungskreisen nicht etwa als ein Gegensatz, sondern wesentlich als eine Ergänzung und als eine Präcisirung der begreiflich reservirteren Worte der Thronrede, und deshalb die Politik der Regierung nicht kreuzend oder behindernd, sondern sie unterstützend und fördernd aufgefaßt. Wie wenig mittheilsam auch Graf Mensdorff nicht blos außerhalb, sondern auch innerhalb der Wände des auswärtigen Amtes bis jetzt gewesen sein und mit welch' äußersten Rücksichten er auch die Beziehungen zu Preußen anfassen mag — wir hören es als unbedingt feststehend erklären, daß diese Rücksichten dort ihre Gränzen haben, wo die Sphäre des Bundes beginnt und daß er, suaviter in modo, aber fortiter in re, auch nicht die kleinste Concession gemacht hat und machen wird, die nicht auf dem festen Boden des Bundesrechtes steht. Es wird vielleicht in Kurzem gestattet sein, diese Versicherung zu exemplificiren und dann gleichzeitig den Nachweis zu liefern, daß man sich hier auch umgekehrt nicht deshalb gegen Preußen aigriren läßt, weil etwa bei der Anwesenheit des Herrn von Bismark in Paris gewisse Andeutungen gefallen sind, welche für die Zukunftspolitik des dortigen Regimes mindestens — um nicht mehr zu sagen — nichts Abschreckendes gehabt haben können.

In der außerordentlichen Bundestagssitzung vom 29. v. M. legten Oesterreich und Preußen den Friedensvertrag vor.

Das „Dresdener Jonrnal" enthält den Wortlaut des in der außerordentlichen Bundestagssitzung am 29. v. M. von Sachsen eingebrachten Antrages: Die Bundesversammlung wolle unverweilt darüber beschließen, ob die sächsische Regierung den ihr ertheilten Auftrag als vorschriftsmäßig erfüllt zu betrachten und demgemäß die Truppen aus den Herzogthümern zurückzuziehen habe. Die Motivirung des Antrags nimmt auf die Absicht Sachsens, von welcher die Rede war, von der Bundes-Execution entbunden zu werden, keinen Bezug. Der Antrag Sachsens ist, wie gestern erwähnt, den Ausschüssen zugewiesen, und dem General Haake in Folge eines mit Mehrheit der Stimmen angenommenen Antrags Baierns aufgetragen worden, seine Stellungen bis auf Weiteres nicht zu verlassen. Die Entscheidung muß bald erfolgen, da Preußen, wie gleichfalls gestern erwähnt, den Regierungen von Sachsen und Hannover — in einem Ultimatum, wie es scheint — aufgetragen, die Herzogthümer Holstein und Lauenburg binnen fünf Tagen zu räumen und, wenn man der „B. B. Ztg." glauben darf, beigefügt, daß es widrigenfalls in gleicher Weise, wie seitens Sachsens und Hannovers Truppen in einem Bundesland noch ferner belassen würden, „wo dieselben zu sein keinerlei Recht hätten", auch preußische Truppen in die sächsischen und hannover'schen Lande hineinsenden werde.

Graf Mensdorff, erfährt die „Presse", hat einige Aufschlüsse über das Stehenbleiben der Preußen in den Herzogthümern bereits erlangt; gleichwohl soll, da dieselben nicht genügend erscheinen, eine Note, welche vollständige Darlegung der diesbezüglichen Motive verlangt, ehestens nach Berlin abgehen.

Ueber die Stellung Oesterreichs zu dieser Frage schreibt die „C. B. Z.": Die österreichische Regierung scheint das Vorgehen Preußens in Holstein, obgleich sie lebhaft bedauert, daß dasselbe ohne einen ersichtlich vernünftigen Zweck — denn an das ernstliche Fortbestehen von Annexionsplänen Angesichts der Stimmung in den Herzogthümern selbst, in Deutschland und im außerdeutschen Europa glaubt man offenbar nicht — die ohnehin vielfach getrübten Beziehungen innerhalb des Bundes nur noch mehr verbittert, gleichwohl sehr kaltblütig zu nehmen und der entschiedenen Ansicht zu sein, daß das Ganze, wie geräuschvoll es auch angelegt worden, doch schließlich, wie der Rendsburger Conflict, geräuschlos im Sande verlaufen werde. Im Uebrigen wird, so berichtet unser Correspondent, nur zu constatiren sein, daß Oesterreich erstens, ganz wie früher bei dem Zuge nach Rendsburg, ohne jede vorgängige Kenntniß der Schritte Preußens geblieben ist, daß es zweitens unverändert auf dem Boden des Bundesrechts steht und deßhalb, speciell mit Bezug auf das Verbleiben der Bundestruppen in Holstein, nur dem Bunde das Recht zuerkennt, darüber einen bundesmäßigen Beschluß zu fassen, und daß es drittens, im Sinne dieses Standpunctes, sich bereits mahnend in Berlin und beschwichtigend in Dresden und Hannover ausgesprochen hat.

Dem „Nürnb. Corr." wird von Wien geschrieben: In der hiesigen politischen Welt will man bereits ein Resultat der hohenzollern'schen Mission anzugeben wissen. Das kaiserliche Cabinet habe nämlich seine Zustimmung gegeben, daß ein größerer Theil der preußischen Truppen, als früher bestimmt gewesen, in den Herzogthümern verbleibe, jedoch unter der Bedingung, daß gleichzeitig neben der geringeren Zahl österreichischer Truppen, gleichsam als Ersatz für Oesterreicher, Bundestruppen an der Besatzung Theil nehmen.

Die „N. P. Z." hält die preußisch-österreichische Allianz für unzerreißbar und fürchtet keine Einsprache Oesterreichs gegen das jetzt beabsichtigte Vorgehen Preußens. Wir legen hierbei, schreibt die N.Pr.Z., kein entscheidendes Gewicht auf die Frage, welche augenblicklich die Gemüther vorwiegend beschäftigt, wir meinen die Frage nach der Räumung der Elbherzogthümer Seitens der Bundesexecutionstruppen. In dieser Frage ist das Recht so sehr auf unserer Seite und — wie wir hinzufügen zu dürfen glauben — auch der Entschluß, dies Recht geltend zu machen nach allen Seiten so fest, daß wir nicht die Besorgniß hegen, in dieser unserer Action von irgend Jemandem, selbst aus dem Lager der preußenfeindlichen Partei in Wien, ernsthaft gestört zu werden. Möglich, daß jener Einfluß heute schon so weit reicht, um eine gemeinschaftliche Action zu verhindern; doch wird man uns voraussichtlich selbstständig gewähren lassen, freilich wohl mit dem stillen Vorbehalte, demnächst falls der eigene Einfluß der dominirende werden sollte, die daraus resultirende Stimmung und Combinationen um so gründlicher und nachhaltiger gegen uns auszubeuten. Selbstverständlich dürfen wir uns hierdurch in unserem weiteren Vorgehen nicht beirren lassen. Doch werden wir immerhin die verschiedenen Eventualitäten um so sorgfältiger in das Auge fassen müssen, je mehr wir uns darüber klar sind, daß mit der Fortdauer der preußisch-österreichischen Allianz gleichzeitig über die politische Gestaltung Deutschlands und Europa's auf längere Zeit entschieden werden wird.

Vorläufig wird gegen den bösen Herrn v. Beust Sturm gelaufen. Wir würden es aufrichtig bedauern, schreibt die „N. P. Z.", wenn das sächsische Cabinet dabei beharren sollte, seine Executions-Truppen in Holstein zu belassen, obwohl die Execution durchaus erledigt ist. Herr v. Beust weiß so gut wie Herr v. Bismarck, daß nach dem Friedensschluß jetzt von einer Execution nicht mehr die Rede sein kann; er weiß auch, wie die Executions-Ordnung ganz bestimmt fordert, daß nach solcher Erledigung der Execution die beauftragten Truppen von ihren Regierungen sofort zurückgezogen werden sollen, und daß nachher dem

Bunde davon Anzeige gemacht werden soll. Aber er will — bei seinem steten Nergeln gegen Preußen — trotz alledem seine Truppen in Holstein belassen und sucht nun nach neuen Gründen für ihr Verbleiben daselbst. Wie gesagt, wir würden es lebhaft bedauern, wenn das widerrechtliche Auftreten des Herrn von Beust zu Conflicten führte, die wir viel lieber vermieden sehen.

In Berlin soll man nach der „Ind. belge" gegen die Mittelstaaten nur darum so erbittert sein, weil Herr von Beust den Vorschlag gemacht habe, den Herzog von Augustenburg sofort anzuerkennen. Aehnliches meldet das „Frdbl.", welches als Miturheber des Vorschlags Herrn v. d. Pfordten nennt. „Der Zweck dieses Vorschlages, sagt das „Frdbl.", besteht darin, daß eine Parität zwischen den beiden auf die Erbfolge Anspruch machenden hergestellt werde, damit alsdann das Austrägalgericht entscheiden könne, welches nur bei Erbstreitigkeiten zwischen deutschen Fürsten competent ist."

Nach einem Wiener Telegramm der „Schles. Z." steht für den Vorschlag der Mittelstaaten, den Vertreter des Herzogs von Augustenburg behufs Ermöglichung der Einsetzung eines Austrägalgerichts beim Bunde zuzulassen, die Zustimmung Oesterreichs in Aussicht.

Die Berliner Abend-Zeitung hört, die preußische Regierung habe die Absicht, dem Herzog von Augustenburg eine Summe Geldes — man erzählt von 5 Millionen Thalern — anzubieten, wenn er auf seine Ansprüche zu Gunsten Preußens verzichte, oder daß sie mit ihm darüber schon in Unterhandlung getreten ist.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Ueber die neunte Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. November (Adreßdebatte) haben wir folgendes nachzutragen:

Dr. Giskra sprach als Berichterstatter über den Adreßentwurf. Zwei Wege stehen zu dieser Beantwortung offen. Die Paraphrase der Thronrede mit den Versicherungen der Loyalität und Treue, oder die offene freimüthige Besprechung der schwebenden großen Fragen.

Der Ausschuß wählt letzteren Weg; das Haus, aus Wahlen hervorgegangen, möge offen und ehrerbietig dem a. h. Throne gegenüber sich aussprechen. Der aristokratische verstärkte Reichsrath erwartete von einer constitutionellen Regierungsform eine Regenerirung des Reiches; es erschienen auch die Verfassungspatente. An die Spitze der Regierung wurde ein Mann gestellt, zu dem man nach seinen Antecedentien das vollste Vertrauen hatte; derselbe sprach in seinem bekannten Rundschreiben die Grundsätze aus, nach denen Oesterreich einer großen Zukunft entgegengeführt werden wolle, die Interessen sollten versöhnt werden.

Es wuchs das Vertrauen in die Macht des Staates und so kam es, daß das Haus mit eminenter Majorität das Ministerium, an dessen Spitze jener Staatsmann stand, stets unterstützte.

Allein die gehegten Erwartungen haben sich im Laufe der Dinge nicht ganz bewährt. Mit Rückblick auf das unglückliche Jahr 1859 sei heute nicht jene garantirte Bundesgenossenschaft vorhanden, auf welche soviel Gewicht gelegt wurde. Die große Hälfte des Reiches entbehre des Verfassungslebens. Die glücklich begonnene Verwaltung habe so manche Institutionen, die so nothwendig und wünschenswerth, noch nicht gebracht, die von der Regierung schon vor drei Jahren nothwendig erkannte Regelung der kirchlichen Verhältnisse habe nur wenige Schritte vorwärts gemacht; die materiellen Zustände, die Finanzlage des Reiches seien allgemein bekannt.

Das Staatsschiff gehe fort, es gehe nicht zurück, aber es drehe sich im Kreise.

Das Vertrauen auswärts zu unsern Verhältnissen habe seit einem Jahre nicht zugenommen.

Aus diesen Gründen glaubte der Ausschuß mit der beantragten Adresse vor das Haus treten zu sollen, der Regierung selbst werde es erwünscht sein, die Anschauungen des Hauses, die berechtigte öffentliche Meinung durch den Mund der Volksvertreter zu hören, keinerlei Parteileidenschaft habe die Ausschußmitglieder geleitet, und sie stellen daher den Antrag auf Annahme der Adresse.

Abg. Mende: Nur die vom Throne herabgesprochenen Worte in Betreff Ungarns haben die Gemüther einigermaßen beruhigt; die Bevölkerung sehe, daß bezüglich Ungarns nicht sehr rüstig vorgeschritten werde und sie erblicke in der Lösung der ungarischen Frage das wichtigste Mittel zum Ausbaue der Verfassung. In den einzelnen Verwaltungszweigen sei auch nicht viel Ersprießliches geleistet worden; Steuern wurden erhöht, Anlehen geschlossen und er selbst (Redner) sehe sich bei seinem ruhigen Temperamente zu keinen optimistischen Hoffnungen veranlaßt.

Er sei kein hitziger Mann für Reformen, er wolle nicht die politische und religiöse Freiheit wie aus einem Füllhorn über die Häupter der Menschen ausgießen; er halte die Freiheit für ein spirituoses Arzneimittel, das nur in geprüften Dosen dem kranken Staate zur Heilung verabreicht werden soll; er sei nicht für rapiden Fortschritt, aber stehen bleiben dürfe man auch nicht, sonst werde man vom Zeitgeiste überflügelt.

Redner bespricht hierauf die Einberufung des Reichsrathes. Der gesammte Reichsrath könne nur dann eine Bedeutung haben, wenn der engere Reichsrath dies- und jenseits der Leitha die betreffenden Angelegenheiten der Königreiche und Länder berathe.

Der engere Reichsrath müsse, selbst wenn keine Vorlagen an ihn bereit wären, jedes Jahr einberufen werden, lediglich zur Wahrung der ihm zustehenden Initiative zum Behufe nothwendiger Reformen.

Er (Redner) wünscht seit Jahren auf das Innigste die friedliche Einigung mit Ungarn (Zustimmung); soweit er Ungarn kenne, lasse sich dies aber durch die bloße Einberufung des engeren Reichsrathes nicht erreichen; hiezu gehöre nebst Anderem die Einberufung des ungarischen Landtages; jeder Ungar werde einstehen in der Treue zum Monarchen, in der Erhaltung eines großen und mächtigen Gesammtösterreichs; die Ungarn seien vom Magnaten herab bis zum letzten Sohne der Pußta einig in der Liebe zum engeren Vaterlande; sie sind ein parlamentarisch alt geschultes Volk (wiederholte Zustimmung); die letzten 16 Jahre werden so manche Klärung bewirkt haben; man komme ihm also mit Vertrauen entgegen, höre seine frei gewählten Vertreter an, dann werde man dies- und jenseits der Leitha das Band der Reichseinheit gefunden haben, die ungarische Frage werde gelöst werden und dann Oesterreich wieder groß und stark im Innern und nach Außen sein; die Völker werden befriedigt sein und alle Feinde mit blutigen Köpfen zurückweisen. Das Ausland aber, auf den Ruin Oesterreichs speculirend, wird zurückweichen mit seinen Congreß- und sonstigen Projecten, die auf die Erschütterung des alten Habsburger Thrones gerichtet sind. (Beifall.)

Graf Eugen Kinsky spricht für den Entwurf. Er wirft seine Aufmerksamkeit vorzüglich auf die Finanzvorlage Oesterreichs und bemerkt, heute bekomme Marocco billigeres Geld als Oesterreich (Heiterkeit). Der gräfliche Redner will die Valuta bis zum Aeußersten angestrebt haben. Er erwähnt einer Rede des Herrn Thiers über das österreichische Budget; das Deficit sei in den letzten Jahren von 1500 auf 2300 Millionen gestiegen; die Steuern haben sich außerordentlich vermehrt, trotz des sehr hoch gestiegenen Einkommens. Unsere Gegner seien uns an Einkommensquellen untergeordnet, wenn diese weise verwerthet werden. Auch die auswärtige Politik erheische eine gänzliche Aenderung. Nach Aufstellung der sechs Puncte kam der Belagerungszustand und die Internirungen; der Fürstentag in Frankfurt sei nicht von dem gehofften Erfolge begleitet gewesen. Wir stehen ohne Allianzen, denn das sei keine Allianz, wenn man einem sich selbst gegebenen Mentor Opfer bringt. Redner halte an dem Spruche: „Die Einheit durch die Freiheit." — Er bespricht sodann die Nothwendigkeit der alljährlichen Einberufung des Reichsrathes und tadelt den Belagerungszustand und die Internirungen in Galizien. Auch müsse er sich gegen die Ausgabe von Summen aussprechen, welche vom Hause nicht votirt wurden; dies sei bei der Marine vorgekommen. Jeder im Hause thue seine Schuldigkeit, aber zur Rettung des Reiches müsse man an Bewilligungen auch Bedingungen knüpfen, von Worten müsse man zur That kommen. (Bravo.)

Dr. Berger: Die Lage des Staates fordere auf zur Umkehr. Redner wirft einen Blick auf die äußere Politik und meint, wenn auch das Gebiet der Mittel, welche die Diplomatie anwendet, nicht besprochen werden könne, so seien es doch die Erfolge, deren Besprechung in die Competenz des Hauses gehöre. Oesterreich, meint Redner, sei isolirt in der großen Staatenfamilie, und er läßt die einzelnen Großstaaten die Revue passiren, um zu zeigen, daß keine uns freundschaftlich gesinnt sei. Aus der ganzen europäischen Stellung ergebe sich, daß Oesterreich nur einen natürlichen und werthvollen Bundesgenossen habe, das ist, das außerpreußische Deutschland, und soll Oesterreich diese Bundesgenossenschaft für sich erhalten, darf es nicht nur mit Preußen keine Vormachtpolitik treiben, sondern muß dessen Sonderbestrebungen energisch entgegentreten. Mehr Werth als alle Allianzen habe aber die Erstarkung des Reiches nach Innen. Von Oesterreich gelte der Spruch, den Italien von sich aufstellte und so wie dieses sagte: „Italia farà da se", so müsse Oesterreich sagen: Austria farà da se. (Bravo.) Aber in den inneren Fragen sei ebenso die Umkehr nothwendig, sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung als der Finanzen.

Redner bespricht die Verfassungsfrage. Die Februarverfassung sei eine bloße Skizze, sagt Redner und glaubt behaupten zu können, Oesterreich sei gar nicht constitutionnel, die Regierung paralysire alle Bestrebungen der Vertretungskörper. Wie könnte man also glauben, daß Ungarn sich darnach sehne, in diese Verhältnisse einzutreten. Hat man die Verwaltung in neue Geleise geführt? Das alte Oesterreich ist es, welches unter der protocollirten Firma des neuen seine alten Geschäfte fortführt; das absolute Deficit ist ein constitutionelles geworden. Der Heißhunger unserer Reichsfinanzen habe der Urproduction das Capital entzogen. Mit dem Wuchergesetze habe man die Urproduction zu Tode geschützt. (Sehr wahr!) Schließen möchte er mit dem Ausspruche Friedrichs des Großen: „Welchen Boden, welche Quellen hat dieses unerschöpfliche Reich? Seit Jahren arbeiten seine Minister an seinem Ruine und sind nicht im Stande, es zu Grunde zu richten." (Allgem. Heiterkeit.) Möchten unsere Minister derart ihres Amtes walten, daß man von ihnen nicht ein Gleiches sage. (Großer Beifall.)

Abg. Skene: Wo stehen wir seit den vier Jahren des Friedens? Wir stehen vor dem Steueranlehen. Vor 4 Jahren fiel der Vorhang über einen traurigen Abschnitt der Geschichte, jetzt sagt man: Oesterreich könne eine Verfassung nicht ertragen. Er glaube das Gegentheil, was er aber nicht billigen könne, sei eine sterile Verwaltung, die sich zu Allem drängen läßt. Er fordere auf, alle Zahlen zusammenzuzählen, welche seit drei Jahren alten überlieferten Traditionen geopfert wurden. Betrachtet man die Creditoperationen, so finde man die verwerflichsten Mittel. Wir stehen schon vor dem Zehnguldenlos, wir kommen bald zum Einguldenlos. In der ersten Session sei etwas geschehen, seit dem sei nichts mehr gethan worden. Vor allem bedürfe man eines Handelsministers, die Bildung eines eigentlichen volkswirthschaftlichen Ministeriums sei dringend nothwendig. Redner schließt, indem er der Regierung empfiehlt, im letzten Momente umzukehren. Eine schwache Regierung könne man nicht unterstützen.

Abg. Obert erklärt sich mit der Adresse vor Allem deßwegen einverstanden, weil sie an der Reichseinheit unverbrüchlich festhalte. Er könne begreifen, wie man in Oesterreich über die Form der Reichseinheit in Streit sein könne, aber so viel sei sicher, daß die Verfassung das Minimum dessen mithalte, was zur Erhaltung der Einheit nothwendig sei. Redner übergeht zur äußeren Politik und sagt, er könne sich für Allianzen ad hoc und ad hoc nicht begeistern. Er wünscht vornehmlich die Pflege der bundesrechtlichen Verhältnisse. Er sei für die Adresse, weil er in ihr die Finanzlage des Reiches wahr geschildert finde.

Abg. Sadil meint, die am Anfang der neuen Aera gegebenen Versprechungen des Ministeriums hätten sich nicht verwirklicht. Die Steuern hätten eine unerträgliche Höhe erreicht und dennoch steige die Staatsschuld. Die politische Freiheit seufze noch unter Gesetzen, die mit solcher Ausdauer aufrecht erhalten werden, daß man zweifeln müsse, die Regierung habe ernste Absicht, durchgreifende Reformen vorzunehmen. Für die Hebung der Landwirthschaft und der Industrie geschehe gar nichts. Redner befürwortet den engsten Anschluß an Deutschland, selbst für den Fall, daß Oesterreich am Bunde majorisirt wird. —

Im Adreßausschuß des Abgeordnetenhauses haben die Minister interessante Aufschlüsse über die Lage der Dinge im Venetianischen und Galizischen gegeben. Venedig anlangend legte der Polizeiminister Actenstücke vor, welche beweisen, daß das Revolutionscomité, das in directen Verbindungen mit den Führern der Actionspartei in Turin und mit Mazzini stehe, in sämmtlichen Städten Venetiens, namentlich in Venedig und Padua, förmlich organisirte Agenten habe, die ihre Thätigkeit über die Landesgränzen hinaus nach Wälschtirol (wo Trient ihr Hauptsitz) und nach Istrien und Dalmatien erstrecken. Es wurden Proclamationen vorgelegt, welche voll glühenden Hasses gegen Oesterreich zum Aufruhr und Abfall auffordern, und die zwar meist Lugano als Druckort aufweisen, jedoch augenscheinlich in Venedig aus der geheimen Druckerei des Comitato veneto, wie sich die italienische National-Regierung nennt, hervorgegangen sind, ohne daß es der Regierung gelungen wäre, diesem Comité auf die Spur zu kommen. Rücksichtlich Galiziens erklärte Graf Potocki, daß er und seine Gesinnungsgenossen in der Verhängung des Belagerungszustandes nichts Anderes erblickten, als einen „Handlangerdienst", den Oesterreich Rußland geleistet. Anders wäre es nicht zu erklären, daß „unter der Legion von kriegsrechtlichen Verurtheilungen die weitaus meisten wegen Hülfeleistung zum Aufstande erfolgten, während von einem Aufstandsversuche gegen Oesterreich nie die Rede war und auch nicht sein konnte." Dagegen gaben nun der Staats- und der Polizeiminister Repliken, deren Zweck es war, nachzuweisen, daß in Galizien factisch die polnische National-Regierung und nicht die österreichischen Behörden das Land verwalteten. Graf Mensdorff unterstützte diese Mittheilungen durch die Versicherung, daß er sich in seiner früheren Eigenschaft als Statthalter in Galizien von der Richtigkeit derselben zu überzeugen Gelegenheit hatte. Sensation erregte die Vorlesung eines einem polnischen Courrier an der Gränze abgenommenen Actenstückes, einer Ordre der Warschauer National-Regierung, worin dem (im Ausschuße sitzenden) Grafen Potocki eine Steuer von 40.000 fl. Gulden auferlegt wird.

Grazer Blätter melden: Ein Amendement von bedeutender Tragweite wird von der Autonomisten-Fraction und zwar durch einen ihrer Wortführer, durch Dr. M. v. Kaiserfeld, eingebracht werden. Das Amendement betrifft die ungarische Frage. Das hohe Haus wolle beschließen: An die Stelle des Absatzes der Adresse: „Wir hegen das Vertrauen, die gesetzliche Vertretung jener Königreiche ꝛc. ꝛc." bis — „wir für eine heilige Pflicht eines Jeden halten" — werde folgende Stelle gesetzt: Ew. Majestät Regierung wird die durch die Grundgesetze verzeichneten Wege betreten, um festhaltend an den constitutionellen Fundamenten, für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches und ohne Verletzung zu Recht bestehender Formen das für das Gedeihen und die Macht Oesterreichs nothwendige Maß von Einheit zu sichern; in dem Patriotismus Ihrer Völker aber und dem Geiste des Friedens, der sie beseelt, Ew. Majestät weitere Bürgschaften des Gelingens Ihrer hochherzigen Absichten finden.

Der Ausschuß zur Berathung des Gesetzentwurfes über die Regelung der Portofreiheit hat in den Sitzungen, die er bisher gehalten, sich für die Aufrechthaltung des von der Regierung angenommenen Princips ausgesprochen, nach welchem die Portofreiheit nur dort gewährt werden soll, wo sonst das Porto aus Staatsmitteln jedenfalls gezahlt werden mußte, wo Correspondenzen zwischen Behörden und Privaten im reinen Staatsinteresse geführt werden, oder wo die Portofreiheit in bestehenden Verträgen begründet ist. Die persönliche Portofreiheit würde demnach gänzlich aufgehoben. Demzufolge wurden denn auch alle Anträge auf ausnahmsweises Zugeständniß der Portofreiheit abgelehnt. Ein gleiches Schicksal hatte der Antrag auf portofreie Beförderung der offenen Zeitungs-Reclamations-Schreiben. Dagegen dürfte an geeigneter Stelle der Antrag gestellt werden, diese Reclamations-Schreiben mit einem blos nominellen Porto zu belegen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. November.

Se. Majestät der Kaiser empfing, wie der „T.B." meldet, am 24. d. die tirolischen Reichsrathsabgeordneten, welche bei Sr. Majestät den Dank des Landes für den letzthin sanctionirten Landtagsbeschluß abstatteten. Hofrath Dr. Haßenwalter war der Sprecher, der dem Gefühle des Landes in kräftigen Worten Ausdruck verlieh. Se. Majestät der Kaiser richtete an die Deputation folgende Worte:

„Es freut Mich, daß Ich doch einen Wunsch des Landes erfüllen konnte; Ich hätte denselben zwar schon lange nach Meiner persönlichen Neigung erfüllt; darum freut es mich umsomehr, daß es jetzt endlich geschehen konnte. Ich weiß, daß durch die Erfüllung dieses so berechtigten Landeswunsches die Tapferkeit Meines Regiments so beeinträchtigt wird."

Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Wiener Central-Vereine für Krippen 200 fl. übersendet.

Gestern wurde in Brünn der Taufact an der neugebornen Erzherzogin vollzogen. Die Prinzessin erhielt folgende Namen: Maria Eleonora Gratia Carolina Ludovica Elisabeth Filomena Walpurga. Die Pathen derselben sind: Kaiserin Carolina Augusta und Erzherzog Ludwig. Erstere wurde durch Erzherzogin Maria Carolina, letzterer durch Erzherzog Albrecht vertreten.

Die Wiener Blätter bringen fast sämmtlich Leitartikel zur Begrüßung der aus dem Norden heimgekehrten Sieger. Morgen findet der feierliche Einzug statt. Se. Excellenz der Herr FML. Baron Gablenz wurde heute Morgens von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen und auf das herzlichste begrüßt. Nach einer einstündigen Audienz wurde Se. Excellenz von dem Herrn Kriegsminister Ritter von Frank, und im Laufe des Vormittags von den hier weilenden Herren Erzherzogen und den Herren Ministern empfangen. Nachmittags wurde Sr. Excellenz die Ehre zu Theil, auch von Ihrer Majestät der Kaiserin empfangen zu werden, und war derselbe zur gestrigen Hoftafel beigezogen.

Deutschland.

Aus Flensburg berichten die „H. N.": Die in diesem Sommer hierselbst zusammengetretene Commission zur Gründung eines Nationaldenkmals an die Befreiung Schleswig-Holsteins hat sich durch Hinzuziehung neuer Kräfte namhafter Persönlichkeiten erweitert und das Unternehmen jetzt zu fördern beschlossen.

Dem klericalen „Mainzer J." wird unter dem 25. November aus der Pfalz gemeldet: „Der Conflict zwischen dem Bischof von Speyer und dem Cultusministerium dürfte nunmehr ein gewaltthätiges Ende nehmen. Sicherem Vernehmen nach ist durch eine Ministerialentschließung vom 23. November neuerdings Gewalt angedroht. Daß der Bischof von Speyer gegen diese neue Androhung abermals energischen Protest erhoben hat, versteht sich von selbst; nichtsdestoweniger dürfte die Drohung vielleicht schon vollzogen sein. Wie der „Volksbote" vernimmt, hat der apostolische Nuntius bereits am 25. November im Namen des Papstes dem Ministerium des Aeußern einen wiederholten Protest übergeben.

Der „N. Z." wird aus Kassel, 25. November, geschrieben: Ueber die Annahme der Adresse Seitens des Curfürsten ist eine Entschließung noch nicht erfolgt; mit der Veröffentlichung des Inhalts wird deshalb noch zurückgehalten. Wie man hört, enthält dieselbe eine Darstellung der langjährigen Mißregierung durch Vernachlässigung der wichtigsten Landesinteressen. An einen directen Erfolg glaubt Niemand, der die eigentliche Ursache kennt. Auch ein Wechsel des Ministeriums wird so wenig erfolgen, wie eine Auflösung des Landtages. Gleichwohl mußte der Schritt erfolgen, um die constitutionellen Mittel zu erschöpfen, und es ist, abgesehen vom augenblicklichen Erfolg, an und für sich schon ein bedeutsames Ereigniß, das nicht ohne politische Folgen bleiben kann, daß eine Landesvertretung in der Zusammensetzung der kurhessischen einstimmig beschließt, dem Landesherrn in einer loyalen Ansprache ein Spiegelbild der Regierungsweise vorzuhalten und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens den Stillstand und Verfall nachzuweisen.

(Der Berliner Polen-Proceß.) Sitzung vom 28. November. (Schluß.) Die Staatsanwaltschaft beantragt ferner: gegen den Rittergutsbesitzer Matthäus v. Skrzydlewski aus Mechlin 6 Jahre Zuchthaus; gegen den Rittergutsbesitzer Wladisl. v. Łącki aus Posadowo, den Wirthschafts-Inspector Ferdinand Malinek aus Uściecice, den Grafen Mieczislaus v. Kwilecki aus Czorowo und den Gutsbesitzer Joseph v. Kierski das Nichtschuldig; gegen den Rittergutsbesitzer Erasmus v. Zablocki aus Tenewo, 10 Jahre Zuchthaus; gegen den Gutsbesitzer Norbert Szuman aus Kujawski 6 Jahre Zuchthaus. Gegen den Rittergutsbesitzer Albert Cünow aus Slupy wird das Nichtschuldig beantragt; gegen den Rittergutsbesitzer Carl v. Brodowski aus Pawłowo 10 Jahre Zuchthaus und gegen den Gutsbesitzer Dr. Heinrich Szumann aus Althütte das Nichtschuldig. — Schluß der Sitzung $3\frac{1}{4}$ Uhr.

Sitzung vom 29. November. Der Ober-Staatsanwalt Adlung beantragt gegen den Rittergutsbesitzer Boleslaus v. Moszczeński aus Kuśnierz 10 Jahre Zuchthaus; gegen den Rittergutsbesitzer Seraphin v. Ulatowski aus Racice ebenfalls 10 Jahre Zuchthaus. Um $12\frac{1}{2}$ Uhr tritt die Pause ein.

Frankreich.

Paris, 28. November. Die in Compiègne versammelten Gäste des Kaisers werden dort wirklich auf dem Fuß von Hausfreunden behandelt; von Etikette weiß man den ganzen Tag über dort gar nichts; Jeder frühstückt in seinem Zimmer allein, oder mit Bekannten zusammen, wie ihm beliebt. Die Herren gehen den Tag über „en redingote" oder „en ja-

quette", die Damen im gewöhnlichen Stadtanzuge, wohin sie wollen, spazieren. Nur an den Jagdtagen erscheint man in Jagdkleidung beim Rendezvous, wenn man Theil nehmen will. Wer in Paris Geschäfte hat, fährt dorthin und kommt zum Diner wieder, oder nicht wieder, ganz wie ihm das bequem ist. Erst Abends zum Diner erscheinen die Herren in Hofkleidung mit kurzem Beinkleid, oder in Uniform, die Damen in Balltoilette; nach dem Diner wechseln Theater-Vorstellungen mit Tanz und Gesellschaftsspielen. Die Küche des Kaisers wird sehr gelobt; hat aber allerdings nicht den Ruf des Prinzen Napoleon, welche für vorzüglich gilt, ein Ruf, der nur durch allerlei Excentricitäten und eine gewisse nicht ganz classische Hinneigung zu sonderbaren Compositionen beeinträchtigt wird. Gestern war im Palais Royal ein großes Diner; unter den Gästen befanden sich: Marschall Randon, Minister Rouher, die Schriftsteller und Journalisten Girardin, Augier, Dumas u. a. m.— Nefftzer und Dollfuß lassen eine Uebersetznng des Lebens Jesu von Strauß erscheinen. Es ist das, wie es scheint, eine Art Reaction des deutschen religiösen Radicalismus gegen die sentimentale Renan'sche Behandlung, die jetzt so allgemein verbreitet ist. Beide Herren sind französische Journalisten von deutscher Herkunft. — Ein kaiserliches Decret ist ergangen, welches die Bewaldung und Begrasung der Berge aus ökonomischen und sanitätischen Gründen befiehlt; dasselbe findet allgemeinen Beifall. Der gesetzgebende Körper wird erst auf den 15. Februar einberufen werden. Die General-Direction der Posten beantragt wichtige Verbesserungen; doch wird zur Zeit die Verbindung des Telegraphendienstes mit der Post noch nicht für zeitgemäß erachtet. — Neuen Andeutungen zufolge wäre Lavalette zum Minister des Innern bestimmt, Drouyn bliebe Minister des Aeußern, Rouher wäre die Seele des neuen Cabinets.

Ueber den bereits erwähnten Jagdunfall in Compiègne berichtet man: Seit Ludwig's XV. Regierung ist es Gebrauch, daß bei großen Hofjagden der dem Throne zunächst stehende dem Souverän das Gewehr zum ersten Schuß darreicht. Mit dem Costüme jener Zeit ist auch diese Sitte auf den kaiserlichen Hof übergegangen, und so geschah es, daß bei der letzten Jagd, welcher der Kaiser zu Pferde beiwohnte, der Prinz Napoleon, der gleichfalls beritten war, diesen Dienst verrichtete. Sei es nun, daß der Kaiser die Flinte noch nicht fest gefaßt hatte, während der Prinz sich dessen versichert hielt, oder daß eines der Pferde durch eine plötzliche Bewegung die Ursache war, kurz, das Gewehr fiel zur Erde, entlud sich, und der Schuß durchbohrte des Kaisers Rockschoß und schleuderte den Hut zur Erde. Nach einem Moment der höchsten Bestürzung sprangen beide, der Kaiser und der Prinz zur Erde, umarmten und beglückwünschten einander wegen der sichtbar schützenden Hand der Vorsehung, die über dem Hause Napoleon waltet.

Graf Lupel ist in Folge eines Sturzes vom Pferd auf einer Jagd bei Compiègne gestorben. Der eigentliche Name der Familie dieses unglücklichen Mannes ist Louvel. Sie erhielt, als eines ihrer Mitglieder unter der Restauration den Herzog von Bordeaux ermordete, die Erlaubniß ihren Namen Louvel in Lupel umzuändern.

Der sechzehnte Band der „Correspondenzen Napoleons I." ist eben erschienen. Er umfaßt das Wintersemester von 1807 — 1808. Vieles darin ist unter den heutigen Verhältnissen von hervorragendem Interesse. Unter anderm ersieht man daraus, daß der erste Napoleon schon damals von den Sympathien Rußlands für das Haus Oldenburg Notiz nahm. Ganz besonders fesselnd aber ist eine Depesche, worin sich der Kaiser über seine Beziehungen zu Rom ausspricht. Vor allem bekämpft er darin den Grundsatz, daß die Priester nicht die Unterthanen desjenigen Gouvernements seien, unter welchem sie geboren sind. Ferner heißt es darin, zur Aufrechthaltung des Friedens auf der Halbinsel müßte Mailand, Rom und Neapel offensiv wie defensiv fest verbunden sein. Sollte der Papst dieser Ansicht nicht beitreten, so erkläre er dadurch dem Kaiser den Krieg. Hieraus folge Eroberung und Wechsel der Regierungsgewalten. Der h. Vater werde dann wieder ein in seiner Gewalt unbeschränkter Bischof von Rom werden, wie er dieses zur Zeit Karls des Großen gewesen. — In seiner Instruction für die Fortführung der bei Heinrich IV. abgebrochenen historischen Annalen Frankreichs heißt es unter anderem: „Man muß aus jeder Zeile die Wirkungen des Einflusses der römischen Curie, des Widerrufes des Edictes von Nantes, der lächerlichen Heirath Ludwig XIV. mit der Maintenon u. s. w. herausfühlen. Die Schrecken der Revolution und der Inquisition sind mit demselben Pinsel zu malen. In einem Brief an den König von Holland wird ein politisches Axiom aufgestellt, an welchem das zweite Kaiserreich treu festhält. Es heißt darin nämlich: „Reden Sie zu niemandem, wer es auch sei, von dem Gegenstande dieses Briefes, denn eine Sache muß schon gethan sein, ehe man eingesteht, daß man an an dieselbe gedacht habe."

Die „France" begleitet den Persigny'schen Brief mit einer Einleitung, worin sie darauf aufmerksam macht, daß Girardin für unbedingte, Persigny für schrittweise Preßfreiheit ist; wie letzterer aber dies verstehe, lasse sich nicht mit Bestimmtheit angeben, wahrscheinlich aber gehe er jedoch nicht so weit, daß auch die Presse der allgemeinen Gesetze des Landes theilhaftig werden solle; so viel sei aber gewiß, daß die Partei des Widerstandes an diesem Mitgliede des Geheimenrathes keine Stütze mehr finden werde, kurz, daß Persigny für den Fortschritt „engagirt" sei. Seltsamer Weise bedient sich die France, indem sie für die Freiheit plaidirt, eines Bildes, das dem Wörterbuch der Reaction angehört; sie sagt am Schlusse: „Die Freiheit ist ein Abhang, den man nicht wieder zurücksteigt, und wenn man zu gehen angefangen, muß man auch anlangen." Also die Hoffnung der France beruht auf der schiefen Ebene, auf der sie den Herzog sieht. Der Brief des Herzogs hat, im Ganzen genommen, in Paris große Heiterkeit erregt, wenn auch die officiösen Blätter es nicht wagen, in zu unumwundenen Ausdrücken von demselben zu sprechen. Die übrigen Journale jedoch die von Persigny nichts zu hoffen, wenn auch vielleicht einst etwas zu fürchten haben, nehmen kein Blatt vor den Mund und verspotten ganz offen den unklaren Kopf. Der Temps meint, der Brief desselben gehöre der Art von Dingen an, die, wie das Hé Lambert, Paris während acht Tagen amusiren, und die Gazette de France sagt daß sie nicht geglaubt habe, daß die nach Freiheit Durstigen zuletzt durch Charamander Wasser ihrer Qual ein Ende machen könnten. Besonders lustig findet man es, daß Persigny auf die Zeit wartet, wo die Presse alle Macht verloren haben wird, Niemanden mehr schaden kann und Jedermann nützen muß! Persigny scheint ganz vergessen zu haben, welchen Vortheil das Kaiserreich aus der Presse zog, als es sich proclamirte, und welchen Nutzen dasselbe noch jeden Tag aus den unzähligen Provinzialblättern zieht, die genöthigt sind, tagtäglich dem Imperialismus Loblieder zu singen.

In der Gazette de France erklärt heute Graf Zamoyski das kürzlich von einigen Blättern veröffentlichte Manifest des „gegenwärtigen Vertreters der polnischen National-Regierung in London" als ein Schriftstück, welches in seinen Augen keinen ernsten, noch weniger irgend einen verbindlichen Charakter habe.

Der „Moniteur" vom 29. v. M. veröffentlicht den vom 1. December ab beginnenden preußisch-belgischen Telegraphentarif. Für Rheinpreußen, Westphalen und die Ländergebiete westlich der Weser und Werra ist der Preis für die einfache Depesche auf 2 Francs, für Oesterreich bis zu dieser Gränze auf 3 Francs, zwischen den Gränzstationen bis zu 50 Kilometer auf einen Franc festgestellt.

Schweiz.

Am 24. v. M. ist der piemontesische Getandte in Bern, Herr v. Jocteau, gestorben.

Was Demme's Berufung nach Mexico als Oberfeldarzt der mexicanischen Armee und Gründungsmitglied einer Universität in Mexico anbetrifft, so vernimmt man folgendes Nähere. Er soll dieselbe der eben so eifrigen als freundschaftlichen Verwendung des Herrn Dr. Neudörfer, einem der ersten österreichischen Aerzte, verdanken, der seinerseits mit der Ordnung und Neugestaltung der Medicinal-Angelegenheiten in Mexico, der militärischen sowohl wie der Civilabtheilung, vom Kaiser Maximilian beauftragt sei. Dr. Neudörfer, der sich zur Zeit noch in Wien oder Triest befinde, habe die Bekanntschaft Demme's während des italienischen Feldzuges gemacht, wo er in gleicher Weise die militärischen Spitäler der österreichischen Armee besuchte, wie Demme die französischen und italienischen, und seit dieser Zeit mit ihm in verschiedenem Briefwechsel stand. Dr. Neudörfer soll damals mit der höchsten Achtung von dem wissenschaftlichen Streben und der praktischen Tüchtigkeit und Thätigkeit Demme's gesprochen und überhaupt eine so hohe Meinung von dem Charakter und der Gesinnungsart des chevaleresken jungen Mannes davongetragen haben, daß er keinen Augenblick an dessen Freisprechung zweifelte, als der Proceß Demme-Trümpy, den er mit größter Spannung verfolgte, ihm durch die Presse in allen seinen Einzelnheiten bekannt wurde. Sofort ist sein Entschluß gefaßt gewesen, dem Angeklagten die für sein Talent, seine künftige Wirksamkeit in jeder Beziehung mehr zusagende Stellung zu sichern, von welcher letzten Montag die telegraphische Meldung hieher gelangt sein soll.

Belgien.

In der 4. Nummer des in Brüssel erscheinenden polnischen Blattes: „Wytrwałość" erklärt die Redaction an hervorragender Stelle, daß sie aus Anlaß der technischen Schwierigkeiten vier Nummern seinerzeit nicht herausgeben konnte, diesen Mangel aber im December vergüten werde.

Italien.

Aus Rom, 29. Nov., wird tel. gemeldet: Der Großfürst-Thronfolger von Rußland wird nicht hieher kommen.

Rußland.

Nach den vorliegenden revolutionären Documenten, schreibt man der „N. P. Z.", lassen sich, so viel man eben klar sehen kann, die durch die Aufständischen erpreßten Summen auf ohngefähr hundert Millionen Gulden (der polnische Gulden gleich 5 Sgr.) berechnen. Dabei sind die zu den Zwecken des Aufstandes aus der polnischen General-Staatscasse gestohlenen ungefähr $3\frac{1}{2}$ Millionen Rubel noch nicht mitgerechnet, weil sie wegen der Außercourssetzung der Pfandbriefe den Revolutionsmenschen wenig Nutzen gebracht haben. Die Summen, welche die Insurgenten aus den verschiedenen Kreis-, Stadt-, Zoll-, Salz-, Forst- und anderen Cassen geraubt, betragen nach amtlichen Nachweisen außerdem noch über 800.000 Rubel. Wie das revolutionäre Blatt „Ojczyzna" selbst angibt, hatte das Revolutions-Comité beim Ausbruche des Aufstandes kaum 80.000 polnische Gulden (12.000 Rubel) in der Casse. Lithauen hat höchstens 150.000 Rubel beigesteuert, welche fast ganz allein von dem Waffen-Commissar, Regierungsmitglied Bonoldi, dem Wilnaer Photographen und Tanzlehrer gestohlen wurden. Noch im Juli v. J. lieferten Wolhynien, Podolien und Ukraine 300.000 Rubel; Galizien gab kaum 500.000 Kaisergulden (2 Millionen polnische). Um die in den Hochverraths-Proceß in Berlin verwickelten Polen nicht noch mehr zu compromittiren, schweigt die „Ojczyzna" über die aus dem Posenschen dem Aufstande zugeflossenen Summen.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 1. December.

α Das k. k. Staatsministerium hat, wie wir vernehmen, die Statuten des wechselseitigen Viehversicherungs-Vereins „Taurus" im Krakauer Verwaltungsgebiete genehmigt.

* Der frühere Rector der Krak. Universität Domherr Hochw. Carl Teliga hat (in polnischer Sprache) Feiertags-Predigten herausgegeben, welche, wegen ihres Inhalts, ihrer Diction gerühmt, gleichfalls dem Andenken der 500jährigen Universitätsjubelfeier gewidmet sind. Der gesammte Erlös für den Verkauf der Schrift ist zur Unterstützung eines armen Studenten bestimmt.

* Lang ist die Kunst, aber Lang in Wien hat sie nicht erfunden, lang ist nur das Stück, das er aus Zeitungs-Referaten über den scandaleusen Proceß „La Pommerais" zusammengeschweißt. Kurz ist das Leben, in welchem nach dem großen Dichter untergehen muß, was unsterblich in der Kunst soll leben. Der fesche Doctor, der gestern auch auf der hiesigen Bühne für einen Abend auflebte und den Lang als hingeopferte Unschuld darzustellen für gut befunden, hat jedoch nicht mehr Anspruch auf Unsterblichkeit, als Franz Müller und wie die modernen Cartouche sonst heißen. Nicht jede Reise ist eine Odyssee, nicht jeder Proceßheld ein Heros, nicht jedes Drama ein Kunstwerk. Herrn v. Selar hat es gefallen, mit der Titelrolle dieses Stückes sein hiesiges Gastspiel zu schließen. Auch diese Partie hat dem routinirten Schauspieler und denkenden Künstler, welcher aus jeder seiner Rollen ein vollendetes in sich abgeschlossenes Ganze herauszuarbeiten weiß, bis zu Ende Beifall und Applaus eingebracht. Der Advocat de Lachaud, wurde vom Herrn Dir. Blum mit gewohntem Geschick gegeben. Frl. Breyer behauptete als Gattin des Doctors auch diesmal ihren hervorragenden Platz unter den Darstellern, die überhaupt sichtlichen Fleiß auch auf die gestrigen Rollen verwendet hatten. Frau Ottinger brachte mit ihrem weiblichen Männchen wieder einen neuen Pas.

Leider war auch diesmal das Theater nicht so besucht, wie es die Leistungen der Schauspieler, das unleugbare Streben stets Neues zu bringen, verdienen würden. Hoffentlich wird der zunächst zu einem Gastspiel engagirte berühmte Gymnastiker Mercardé mit seinen 4 beinigen Künstlern vollere Häuser machen als das Schauspiel und das Vorführen gediegener dramatischer Künstler. Wir wünschen es der Direction, welche sonst gemüßigt wäre uns Possen zu spielen und — abzutreten.

* Wie dem „Czas" geschrieben wird, ist die bereits beendigte Chaussée in Szczawnica, welche vom Gebäude des Badeheilquellen-Consortiums zur Badeanstalt führt, soeben (28. v.) von der k. k. technischen Commission dem öffentlichen Gebrauch übergeben worden. Letztere hat auch bereits die entsprechenden Stellen auf beiden Ufern des Dunajec 50 Schritt unterhalb der jetzigen Ueberfuhr bestimmt, wo die künftige neue Brücke geführt und mit dem Hauptweg von Krościenko nach Szczawnica verbunden werden wird.

α Der bekannte Opernsänger H. Leopold Mikaszewski, der vor nicht langer Zeit im hiesigen deutschen Theater in Concerten und Opern aufgetreten, gastirt gegenwärtig in Preßburg, wo seine Leistungen sehr günstig beurtheilt werden.

* Wie seiner Zeit gemeldet, hatte der k. k. Hofrath Auer durch Aufruf an die galizischen Grundbesitzer zur Beschickung der Papiermühle in Schlägelmühl mit Maisblättern aufgefordert. Ein solcher ist wiederholt an dieselben ergangen und die Lemberger Blätter nehmen von ihm mit dem Bemerken Notiz, daß sich damit ein neuer Erwerbzweig für das Land eröffne.

α Wir meldeten dieser Tage nach der „Gaz. nar.", daß der Lemberger akademische Senat einige von den Gerichten wegen Theilnahme am Aufstand abgeurtheilte Studenten von der Universität ausgeschlossen hat. Diese Nachricht berichtigt jetzt dasselbe Blatt dahin, daß die akademischen Behörden, in Folge höherer Anordnungen, die wegen politischer Vergehen verurtheilten Studenten nicht eingeschrieben, im Laufe des Cursus jedoch keinen ausgeschlossen haben.

* Die „G. nar." berichtet, was wir vor einigen Tagen aus Rom berichtet, als Meldung der „Lemb. Ztg." und mit Recht, denn die „Lemb. Ztg." hatte die Nachricht mit Unrecht als ihre eigene gebracht. Wir pflegen die „Lemb. Ztg.", wo sie Quelle, als solche auch anzugeben. Heute schreibt dieselbe:

In Lemberg wurde am 28. November um 6 Uhr Abends auf dem Haliczer Platze ein sehr starker Knall gehört, gleichzeitig bemerkte man in der Nähe des Nr. 729/I. am Boden einen Feuerschweif wie von einer Rakete oder dergleichen. Die Detonation wurde selbst in den Zimmern der benachbarten Häuser vernommen.

Am 29. v. M. früh wurde bei der Bahnstation Kamienobrod (Bez. Grodek) auf der Bahn ein enthaupteter Leichnam gefunden. Der Kopf lag in einiger Entfernung von dem Leichname. Näheres ist noch nicht eruirt, doch ist die Untersuchung eingeleitet.

Die Reinigung des Dniesters von den im Fahrwasser befindlichen, für die Schifffahrt gefährlichen Steinblöcken war in diesem Jahr durch den anhaltend hohen Wasserstand ungemein gehemmt und mußte Mitte d. Mts. des eingetretenen Frostes und Treibeises wegen bis zum Frühjahre eingestellt werden. In der heuer von Monasterz bis Hubin gereinigten 3¾ Meilen langen Stromstrecke sind mit den 3 Apparaten 675 Stück Steinblöcke zusammen im Körperinhalte von 10.997 Kubikfuß aus dem Fahrwasser gehoben und beseitigt worden.

* Der dem Reichsrathe vorgelegte Gesetzentwurf betreffs der Verminderung der Branntweinsteuer um 10 Perzent, schreibt man dem „Botschafter" aus Krakau, hat in Galizien, dessen Hauptindustriezweig die Branntweinproduction ist, einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Durch die Einführung der Meßapparate wurde gegenüber dem früheren Systeme der Bemessung der Steuer nach dem Maischraume, eine größere Gleichförmigkeit in der Steuerbemessung erreicht und das Branntweingeschäft auf eine solidere Basis gestellt. Die Höhe der Branntweinsteuer in Oesterreich, die um 40 Perzent mehr als in Preußen beträgt, verhinderte bisher indeß die Concurrenz unserer Branntweinbrenner mit den preußischen Produzenten dieses Artikels auf auswärtigen Märkten, auf die doch die österreichische Ueberproduction angewiesen ist; vorzüglich war es der Triester Platz, von dem unser Fabricat in Folge der bisherigen Branntweinsteuer fast gänzlich verdrängt wurde. Die Herabsetzung derselben um 10 Perzent wird den österreichischen Produzenten bei der Concurrenz mit den preußischen Fabrikanten zu Gute kommen und eine Kräftigung dieses in unserem Kronlande darniederliegenden Industriezweiges zur Folge haben.

* Die Verfrachtung der mineralischen Kohle auf der Carl-Ludwigsbahn ist im steten Steigen begriffen. Bekanntlich ist in Galizien die Formation der Erdschichten eine derartige, daß auf Schwarzkohle in schürfbarer Tiefe nicht gerechnet werden kann. Dagegen liegen im Norden des Landes weite Lager von Braunkohle, deren Ausbeutung bereits begonnen hat. Das Emporblühen der Kohlenwerke Galiziens wird vorderhand noch durch den Mangel industrieller Etablissements, durch das Vorurtheil des Publicums gegen mineralische Kohlen und in vielen Districten auch durch den Ueberfluß an vegetabilischen Brennstoffen niedergehalten. Die Kohlenwerke Galiziens haben indeß bei entwickelteren Zuständen zweifellos eine große Zukunft und prognosticiren für die Carl Ludwigsbahn bedeutende und dauernde Quellen der Einnahme. Ein Aehnliches läßt sich von der Naphta-Industrie Galiziens vorhersagen. Die Versendungen von Naphta und Bergöl mehren sich und sind in Przemyśl und Tarnów bereits eigene Ablagerungsplätze für diesen Artikel errichtet worden. Zu bedauern ist nur, daß diese Industrie bisher in höchst irrationeller Weise betrieben wurde und namentlich die Zukunft derselben durch Raubbau geschädigt wird.

* Die Lemberg-Czernowitzer Bahn hat nunmehr, wie die „Lemb. Ztg." meldet, die Verfrachtung der Schienen- und Eisenerfordernisse einem Consortium von Spediteuren, an welchem sich eine Lemberger, eine Krakauer und eine Wiener Firma betheiligten, übergeben. Der Durchschnittspreis pr. Centner beträgt von Krakau bis an die einzelnen Puncte, auf welchen diese Utensilien abgeliefert werden müssen, 1 fl. 35 kr. pr. Centner. (Die Carl-Ludwig-Bahn hat den Frachtsatz für Eisenbahnschienen in Wagenladungen auf der Strecke Krakau-Lemberg auf 71 kr. pr. Ztnr. festgesetzt.) Ein Theil derselben soll von Krakau pr. Weichsel bis zur San-Mündung und von da stromaufwärts bis nach Jaroslau verfrachtet werden.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

-- [Neue officielle Cursnotirungen.] Gutem Vernehmen des „G.-B." nach werden die Pfandbriefe der österreichischen Bodencreditanstalt demnächst in die officielle Notirung einbezogen werden. In Prioritäten der Prager Eiseninduſtrie und der Pest-Losonczer Bahn, welche bereits notirt werden, ist bisher kein Schluß zu unserer Kenntniß gelangt.

— Der Verkauf der Pfandbriefe der österreichischen Bodencreditanstalt im Auslande nimmt fortwährend an Dimension zu. Nachdem dieses Papier bereits in Süddeutschland festen Boden gefaßt, hat jetzt die Anstalt ihr Augenmerk auf das sächsische Absatzgebiet gerichtet. Wie es heißt, ist der Verkauf der Pfandbriefe für Sachsen den Bankhäusern Kaskel in Dresden und Küstner in Leipzig übertragen worden.

— In Galizien gibt es jetzt inclusive 2 der Vollendung nahen, überhaupt 14 Dampfmühlen, wie in Podgórze, Przemyśl, Tarnopol 2c.

Breslau, 30. November. Amtliche Notirungen. Preis für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen (alter) 62—73, (neuer) 56—63; gelber (alter) 61—68, (neuer) 53—58, gelber (erwachsener) 47—51; Roggen 39—42. Gerste 31—36, Hafer 24—28. Erbsen 54—67. Winter-Raps (per 150 Pfd. Brutto) 194—218. Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 184—206. Sommerrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 154—184. — Rothe Kleesaaten für einen Zollcentner (89¼ Wiener Pf.) in preußischen Thalern (zu 1 fl. 57½ kr. öst. Währ. außer Agio) von 10—17½ Thlr. Weiße von 12—21 Thaler.

Wien, 30. November, Abends. [Czas.] Nordbahn 1890. — Credit-Actien 177.40. — 1860er Lose 93.70. — 1864er Lose nach der Ziehung 82.50.

Paris, 29. November. 3% Rente 65.20.

Berlin, 29. November. Freiw. Anlehen 101½. — 5% Met. 61. — Wien 85¼. — 1860er-Lose 80⅝. — Nat.-Anl. 68⅞. — Staatsb. 116⅞. — Credit-Actien 75¾. — Cred.-Lose 72½. — Böhm. Westbahn 71½. — 1864er Lose 47⅞. — 1864er Silber-Anl. 74⅞. — Galiz. 101½.

Frankfurt, 29. November. 5perc. Met. 58⅝. — Anlehen vom Jahre 1859 78⅞. — Wien 100½. — Bankactien 779. — 1854er Lose 74¾. — Nat.-Anlehen 68⅞. — Credit-Actien 175½. — 1860er Lose 80½. -- 1864er Lose 83. — Staatsbahn —. — 1864er Silber-Anlehen 74⅞. — Amerikan. 45½.

Hamburg, 29. November. Credit-Act. 74. — Nat.-Anl. 68. — 1860er Lose 79. — 1864er Lose —. — Wien 90.25.

Paris, 29. November. [Curse von 1 Uhr Mittags.] 3percent. Rente 65.05. — Credit-Mobilier 889. — Lomb. 507. — Staatsbahn —. — Piem. Rente 65. — Consols 89⅞.

London, 29. November. Schluß-Consols 89¼ — Lombard. Eis.-Actien 20½. — Silber 61⅝. — Wien 12.05. — Türkische Consols 47.

Lemberg, 29. Nov. Auf den gestrigen Schlachtviehmarkt kamen 181 St. Ochsen. n. z.: aus Sokolniki 24, aus Rozwadow 5, aus Szczerzec 47, aus Rozdół 3 Partien zu 8, 10 und 24 St., aus Bóbrka 18 und aus Jeruszany 45 St. Von dieser Anzahl wurden — wie wir erfahren — am Markte bloß 152 St. für den Localbedarf verkauft, und man zahlte für 1 Ochsen, der 280 Pfd. Fleisch und 30 Pfd. Unschlitt wiegen mochte, 54 fl.; dagegen kostete 1 Stück, welches man auf 390 Pfd. Fleisch und 80 Pfd. Unschlitt schätzte, 76 fl. 25 kr. Der Durchschnittspreis hat sich pr. 1 Stück im Gewichte von 344 Pfd. Fleisch und 57 Pfd. Unschlitt, mit 70 fl. 46 kr. herausgestellt. (L. Z.)

Lemberg, 29. November. Holländer Dukaten 5.51 Geld, 5.56 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.53 Geld, 5.59 W. — Russischer halber Imperial 9.56 G., 9.70 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.83 G., 1.85 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.47 G., 1.48 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.73 G., 1.75 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 73 90 G., 74.63 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 77.75 G., 78.33 W. — Galiz. Grundentlastungs-Obligationen ohne Coup. 73.22 G., 73.90 W. — National-Anlehen ohne Coup. 79.14 G. 79 80 W. Galiz. Karl Ludwigs-Eisenbahn-Actien 234.33 G. 236.50 W.

Krakauer Cours am 30. Nov. Altes polnisches Silber für fl. p. 100 fl. p. 111 verl., 108 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 120 verl., 117 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. p. 100¼ verlangt, 99¼ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 453 verl., 445 bez. — Russische Papierrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 149¼ verl. 146½ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. öst. W. 175 verl., 173 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 86¾ verl., 85¾ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 116½ verl., 115½ bez. — Vollwicht. österr. Rand-Dukaten fl. 5.60 verl., 5.50 bez. — Vollwichtige holländ. Dukaten fl. 5.59 verl., 5.49 bez. — Napoleond'ors fl. 9.42 verl., fl. 9.27 bez. — Russische Imperials fl. 9.65 verl., fl. 9.50 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in öst. W. 75.75 verl., 74.75 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in C.-Mze. fl. 78.75 verl., 77.75 bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 74.75 verl. 73.75 bez. — Actien der Carl Ludwigs-Bahn, ohne Coupons fl. österr. Währ. 237 verl., 234 bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Wien, 30. November. Heute Morgens hat die feierliche Eröffnung der neu erbauten Aspernbrücke durch Se. Majestät den Kaiser stattgefunden. Ueber dieselbe hielten sodann die heimgekehrten Sieger von Oeversee nnd Selk, FML. Freiherr v. Gablenz an der Spitze, ihren festlichen Einzug in die Stadt. Auf dem Kärntnerring defilirten die Truppen sodann vor Sr. Majestät dem Kaiser, allerhöchstwelcher folgende Ansprache an dieselben zu richten geruhete:

„Als Ich von Ihnen Abschied nahm, habe ich die Erwartung ausgesprochen, daß Sie die Fahne Oesterreichs hoch halten werden.

Die Truppen des 6. Armeecorps haben Meine Erwartung erfüllt, sie haben Unsere Fahne hochgehalten, sie haben sie getragen von Sieg zu Sieg, sie haben gewetteifert mit den Truppen meines erhabenen Verbündeten in Tapferkeit und Ausdauer.

Mit Wehmuth und in dankbarer Erinnerung gedenke Ich derjenigen, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind.

Ihrem tapferen und bewährten Führer, Ihnen, die Ich heute mit Freuden begrüße, so wie allen an dem glorreich beendeten Feldzuge betheiligten Abtheilungen Meiner Armee und Flotte spreche Ich mit Stolz Meinen und des Vaterlandes Dank aus."

Kopenhagen, 29. November. Der König ist heute Morgens in Aalborg mit ungeheurem Jubel empfangen worden. Heute Abends wird die Stadt illuminirt. Die „Berling'sche Zeitung" schrtibt: Die neue durch Vermittlung des Hauses D. B. Adler in Kopenhagen abgeschlossene Anleihe ist wesentlich zur Tilgung der sechs Millionen schwebender Schuld bestimmt.

Turin, 29. November. Im Senate hat die Discussion des Gesetzentwurfes wegen Verlegung der Hauptstadt stattgefunden. Mehrere Senatoren stellten die Vorfrage, ob die Regierung seit 7. November noch eine Note erhalten habe. Lamarmora erwiderte, die Regierung habe alle Documente, welche sie mittheilen zu können glaubte, mitgetheilt. Nach längerer Discussion wurde die Vorfrage mit großer Majorität verworfen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek**.

Amtsblatt.

N. 17016. **Kundmachung.** (1230. 3)

Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszustandes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird die in Bendlikon bei Zürich im Verlage des Verfassers erschienene Druckschrift:
„Rozbitki — fantazya przez Aleksandra Ogończyka — w drukarni Ojczyzny 1864"
für Galizien und Krakau als verboten erklärt.

Vom k. k. galiz. Statthalterei-Präsidium.

Lemberg, 24. November 1864.

In Vertretung Sr. Excellenz des Herrn Commandirenden Generals:

Eduard Schwartz Edler v. **Meiller,** m. p.
k. k. Feldmarschall-Lieutenant.

Obwieszczenie.

Na mocy artykułu XV. do przeprowadzenia stanu oblężenia wydanego rozporządzenia z dnia 27go Lutego 1864 — pismo wyszłe w Bendlikon pod Zürychem nakładem autora p. t.:
„Rozbitki — fantazya przez Aleksandra Ogończyka — w drukarni Ojczyzny 1864"
dla Galicyi i Krakowa zakazane zostało.

Z c. k. galic. Prezydyum Namiestnictwa.

Lwów, 24 Listopada 1864.

W zastępstwie Jego Eksc. pana komenderującego Jenerała:

Edward Schwartz de Meiller, m. p.
C. k. Feldmarszałek-porucznik.

Nr. 30348. **Kundmachung.** (1238. 2-3)

Nach Mittheilung der k. k. Statthalterei in Lemberg ist in der zweiten Hälfte des Monats October l. J. die Rinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 9 Ortschaften des Sanoker, 8 des Samborer, 5 des Złoczower, je 4 des Przemyśler und Tarnopoler, je 2 des Żółkiewer, Lemberger und Brzežaner und je 1 des Czortkower und Stanislauer Kreises, mithin in 38 Ortschaften erloschen; dagegen in 3 des Czortkower, je 2 des Złoczower, Stryer und Bzežaner und 1 des Tarnopoler Kreises, somit in 10 Ortschaften neu ausgebrochen.

Es werden noch 72 Seuchenortschaften im Ausweise geführt und zwar 13 im Samborer, je 10 im Żółkiewer und Czortkower, 9 im Stryer, 8 im Tarnopoler, 7 im Sanoker, 5 im Lemberger, 3 im Złoczower und je 2 im Przemyśler, Brzežaner und Kolomeaer, 1 im Stanislauer Kreise, in denen bei einem Viehstande von 33910 in 964 Höfen und Viehständen 4342 Stücke erkrankt, 754 genesen, 3122 umstanden, 311 kranke, und 271 seuchenverdächtige gekeult wurden, während in 27 Ortschaften noch 155 seuchende Viehstücke ausgewiesen werden.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, 22. November 1864.

N. 14933. **Kundmachung.** (1236. 3)

Es wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß Dr. Bernhard Nechi, gewesener Notar in Skawina, das ihm im Uebersetzungswege verliehene Notariatamt in Saybusch am 1. August 1864 angetreten habe.

Vom k. k. Oberlandesgericht.

Krakau, 16. November 1864.

L. 21953. **Edykt.** (1228. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Henryka Komara, że przeciw niemu p. Mojżesz Mannheimer o zapłacenie sumy wekslowéj w kwocie 200 złr. wal. austr. z przyn. na dniu 15 Listopada 1864 do l. 21953 wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu nakaz zapłaty sumy 200 złr. w. a. z procentami 6%od dnia5 Marca 1864 i kosztami w kwocie 9 złr. 16 kr. w. a., w dniu 17 Listopada 1864 wydanym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Henryka Komara nie jest wiadome, przeto ces. król. Sąd kraj. w celu zastępowania pozwanego, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adwokata p. Dr. Rydzowskiego z substytucyą p. Adwokata Dra. Geisslera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w trzech dniach albo sam zarzuty wniósł, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy zaraz udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém ces. król. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 17 Listopada 1864.

N. 21537. **Edykt.** (1239. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Abrahama Schmidt, że przeciw niemu p. Leib S. Katzengold na dniu 9tym Listopada 1864 do l. 21537/64 wniósł pozew wekslowy, w załatwieniu tegoż pozwu nakaz płatniczy wydanym został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adwokata p Dra. Zuckra z substytucyą Adwok. p. Dra. Geisslera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według prawa wekslowego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, - - aby potrzebne dokumenta przeznaczonemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał, i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, 14 Listopada 1864.

L. 14351. **Obwieszczenie.** (1229. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Elżbiéta z Wysockich hr. Tarnowska, Krystyna z Trylskich Wesołowska, i Wincenty i Amalia Ozajstowicze przeciw Janowi Dawidowi Hesslerowi czyli Heisslerowi, Maryannie z Potockich Wilżynie czyli Wilczynie i Franciszce z Potockich Sadowskiéj, z miejsca pobytu i życia niewiadomym, a w razie ich śmierci przeciw spadkobiercom onychże z nazwiska i życia niewiadomym, daléj przeciw Janowi hr. Tarnowskiemu, niemniéj małoletnim Michałowi i Elżbiécie Szawłowskim, w końcu przeciw ks. Tomaszowi Spychajewskiemu z miejsca pobytu i życia niewiadomemu, a w razie jego śmierci przeciw spadkobiercom i prawonabywcom onegoż o uznanie przedawnienia i wykréślenia sumy złp. 100,000 wedle dom. 83, pag. 387 n. 47 on. na rzecz Konstancyi z Potockich 1go ślubu Małachowskiéj, 2go ślubu Potkańskiéj czyli Jana Dawida Hesslera na Chorzelowie z przyległ. zabezpieczonéj, wraz z nadciężarem 4000 złp. wedle rel. nov. 88, pag. 165, n. 1 on. na rzecz hr. Tomasza Spychajewskiego prenotowanym z stanu biernego dóbr Chorzelowa z przyległościami skargę wnieśli i o pomoc sądową prosili, — w skutek czego termin do ustnéj rozprawy na dzień 26 Stycznia 1865 o godzinie 9 przed południem wyznaczonym został.

Ponieważ pobyt zapozwanych Jana Dawida Hesslera czyli Heisslera, Maryanny z Potockich Wilżyny czyli Wilczyny, Franciszki z Potockich Sadowskiéj i Tomasza Spychajewskiego nie jest wiadomym, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego Adwokata p. Dra. Hoborskiego z zastępstwem p. Adw. Dra. Grabczyńskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielili, lub téż innego obrońcę obrali, i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczéj z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 9 Listopada 1864.

L. 14812. **Obwieszczenie.** (1235. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż p. Chane Mindel 2ga imion Aberdam przeciw p. Alfredowi Boguszowi o zapłacenie sumy wekslowéj 2550 złr. w. a. skargę wniosła i o pomoc sądową prosiła — w skutek czego w dniu dzisiejszym nakaz zapłaty powyższéj sumy wydany został.

Ponieważ pobyt zapozwanego p. Alfreda Bogusza Sądowi nie jest wiadomy — przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanego tutejszego Adw. p. Dra. Grabczyńskiego z zastępstwem p. Adw. Dra. Rutowskiego na kuratora, z którym wniesiony spór według ustawy cyw. dla Galicyi przepisanéj przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanemu — ażeby w przeznaczonym czasie albo się sam osobiście stawił, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzielił, lub téż innego obrońcę obrał i tutejszemu Sądowi oznajmił ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użył, inaczéj z jego opóźnienia wynikające skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, 17 Listopada 1864.

Nr. 12063. **Kundmachung.** (1232. 1-3)

Mit 16. Dezember l. J. tritt in dem Orte Strzeliska nowe eine k. k. Postexpedition ins Leben, welche sich sowohl mit dem Briefpostdienste, als mit der postämtlichen Behandlung werthfälliger Sendungen bis zum Gewichte von 10 Pfund befassen, und mittelst dreimal wöchentlicher Bothenfahrposten Strzeliska — Bóbrka mit nachstehender Cursordnung mit der Postexpedition Bóbrka und mittelst der von dort nach Lemberg cursirenden Posten mit dem übrigen Postnetze in Verbindung stehen wird.

Abgang von Strzeliska:
Sonntag, Dinstag, Donnerstag um 1 Uhr Mittags;

Ankunft in Bóbrka:
an denselben Tagen um 3 Uhr Nachmittags.

Abgang von Bóbrka:
Sonntag, Dienstag, Donnerstag um 4 Uhr 15 Minuten Nachmittag (geht ab nach Ankunft der Post aus Lemberg);

Ankunft in Strzeliska:
an denselben Tagen um 6¼ Uhr Abends.

Der Bestellungsbezirk dieser Postexpedition hat aus nachbenannten Orten zu bestehen:

a) Im Bezirke Bóbrka:
Bakowce, Lubeszka, Żabokruki, Repechów, Trybuchowce;

b) im Bezirke Rohatyn:
Melna, Wyspa, Podburże, Fraga, Bieńkowce, Jachlusz, Podkamień;

c) im Bezirke Chodorów:
Strzeliska nowe und stare, Hrusiatycze, Leszczyn, Kniesioło, Oryszkowce, Nahoryńce, Bertyszów, Dziewiętniki, Juszkowce, Kołokury, Jatwięgi.

Das Distanzausmaß zwischen Strzeliska und Bóbrka wird mit 1²/₈ Posten festgesetzt.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, 18. November 1864.

N. 6161. **Edict.** (1231. 1-3)

Das k. k. Bezirksgericht in Biala gibt kund, daß mit dem Beschlusse des löblichen k. k. Landesgerichtes Krakau vom 14. November 1864 Z. 21506 über den hierortigen Kaufmann und Fabriksbesitzer Rudolf Block wegen gerichtlich erhobenen Wahnsinnes die Curatel verhängt wurde. — In Folge dessen wird für denselben ein Curator in der Person des Herrn Franz Thiel bestellt.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Biala, am 24. November 1864.

Z. 16382. **Licitations-Ankündigung.** (1237. 2-3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnow wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß behufs Verpachtung der Wein- und Fleischverzehrungssteuer mit Inbegriff des bestehenden 20% außerordentlichen Zuschlages in einigen Pachtbezirken dann des, der Stadtgemeinde Tarnow bewilligten Zuschlages für die Zeitperiode vom 1. Jänner 1865 bis Ende Dezember 1865 unter Vorbehalt der stillschweigenden Erneuerung auf die Solarjahre 1866 und 1867 an den nachstehenden Tagen die öffentliche Versteigerung bei dieser kaiserl. königl. Finanz-Bezirks-Direction abgehalten werden wird.

Post-Nro.	Benennung des Pachtbezirkes	Benennung des Pachtobjectes	Tarifs-Classe	Ausrufs-Preis für 12 Monate fl.	kr.	Zehnperzentiges Vadium fl.	kr.	Anmerkung
1	Tarnow sammt den dazu gehörigen Ortschaften	Wein-Verzehrungssteuer sammt 50% Gemeindezuschlag für die St. Tarnow	—	2490	47	250	—	Am 12. Dezember 1864. Vormittags
2	Baranów dtto.	Fleischverzehrungssteuer	III.	1757	57	176	—	Am 12. Dez. 1864 Nachm.
3	Tuchów dtto.	Fleischverzehrungssteuer	III.	1030	29	103	—	Am 13. Dez. 1864 Vorm.

Es werden übrigens auch schriftliche Anbote angenommen, und es müssen die diesfälligen, mit dem Stempel von 50 kr. versehenen und mit dem Vadium belegten Offerte spätestens bis 6 Uhr Abends des dem Licitationstermine vorangehenden Tages gehörig versiegelt bei dem Vorstande dieser k. k. Finanz-Bezirks-Direction überreicht werden.

Die näheren Pachtbedingnisse können hieramts während der gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

Von der kais. königl. Finanz-Bezirks-Direction.

Tarnow, den 25. November 1864.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
30	2	334''' 79	+0 7	97	Ost schwach	trüb	Schnee	— 0°2	+ 1 3
	10	35 02	—0 1	99	Ost still	trüb			
1	6	34 41	— 0,6	100	Ost still	trüb			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**

Wiener Börse-Bericht

vom 29. November.

Offentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	66.30	66.40
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.		
mit Zinsen vom Jänner — Juli	79.70	79.80
vom April — October	79.60	79.70
Metalliques zu 5% für 100 fl.	71.25	71.35
dtto „ 4½% für 100 fl.	62.25	62.75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	155.—	155.50
„ 1854 für 100 fl.	89.—	89.50
„ 1860 für 100 fl.	95.25	95.50
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	82.90	83.10
„ „ „ „ zu 50 fl.	82.90	83.10
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	19.50	20.—

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl	90.50	90.75
von Mähren zu 5% für 100 fl.	91.50	92.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	90.50	91.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	88.50	90.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	73.25	74.—
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	72.50	73.—
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	75.25	75.75
von Galizien zu 5% für 100 fl.	73.25	73.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	71.25	71.75
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	71.25	71.75

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	780.—	782.—
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. östr. W.	176.80	177.—
Niederösterr. Escompte-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	590.—	592.—
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. CM.	1890.	1892.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	203.80	204.—
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	136.75	137.25
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	119.50	119.75
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	236.50	237.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	235.25	236.15
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	448.—	450.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	230.—	232.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	350.—	355.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	400.—	410.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	166.—	166.50

Pfandbriefe

	Geld	Waare
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl.	102.—	102.50
auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl.	93.25	93.50
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	89.20	89.40
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	73.75	74.25

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. östr. W.	126.60	126.80
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM.	84.—	84.50
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM.	106.—	107.—
„ „ zu 50 fl. CM.	48.50	49.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	26.—	27.—
Esterhazy zu 40 fl. CMze	107.—	108.—
Salm zu 40 fl.	31.50	32.—
Palffy zu 40 fl. „	28.50	29.—
Clary zu 40 fl. „	27.50	28.—
St. Genois zu 40 fl. „	28.50	29.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	18.—	18.25
Waldstein zu 20 fl. „	18.50	19.—
Keglevich zu 10 fl. „	14.—	14.50
K. k. Hoffpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	11.80	12.—

Wechsel. 3 Monate.

Bank- (Platz-) Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5½%	98.10	98.15
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 5½%	98.15	98.25
Hamburg, für 100 M. B. 3½%	87.55	87.65
London, für 10 Pf. Sterl. 8%	116.30	116.50
Paris, für 100 Francs 7%	46.25	46.35

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	—	—	—	—	5	58	5	59
vollw. Dukaten	—	—	—	—	5	58	5	59
Krone	—	—	—	—	16	5	16	10
20 Francstücke	9	40	9	38½	9	38	9	39
Russische Imperiale	—	—	—	—	9	62	9	65
Silber	—	—	—	—	116	—	116	50

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge
vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach **Wien** 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach **Breslau**, nach **Ostrau** und über **Oderberg** nach **Preußen** und nach **Warschau** 8 Uhr Vormittags; — nach **Lemberg** 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach **Wieliczka** 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach **Krakau** 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach **Krakau** 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach **Krakau** 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von **Wien** 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min Abends; — von **Breslau** 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 20 Min. Abends; — von **Warschau** 9 Uhr 45 Min. Früh; — von **Ostrau** über **Oderberg** aus **Preußen** 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von **Lemberg** 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachm.; — von **Wieliczka** 6 Uhr 20 Min. Abends. —

in **Lemberg** von **Krakau** 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.